

Postgasse 68
3000 Bern 8
Telefon 031 633 75 91
Telefax 031 633 75 97
kommunikation@be.ch
www.be.ch

8. September 2015

(mso 440122)

Medienmitteilung der Polizei- und Militärdirektion

Suche nach Unterkünften für Asylsuchende Verstärkte Zusammenarbeit mit den Gemeinden – Rückzug der Verfügungen

Wegen der der anhaltend hohen Anzahl von Asylsuchenden, die der Bund zuweist, benötigt der Kanton Bern nach wie vor dringend 500 zusätzliche Plätze. Bei der Suche nach geeigneten Lösungen ist ein gemeinsames und einvernehmliches Vorgehen mit den Gemeinden unerlässlich. Nachdem sich einzelne Gemeinden der Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen trotz Gesprächen auf politischer Ebene widersetzen und entsprechende Verfügungen der Polizei- und Militärdirektion (POM) angefochten haben, ist diese Zusammenarbeit derzeit belastet. Deshalb will die POM mit dem Rückzug der aktuellen Verfügungen gegenüber den Gemeinden Aarberg, Neueneegg, Oberhofen, Täuffelen und Wohlen Raum schaffen für einen partnerschaftlichen Neustart mit allen Gemeinden des Kantons Bern.

Aufgrund der anhaltend hohen Anzahl von Asylsuchenden, die der Bund dem Kanton Bern zuweist, werden nach wie vor und rasch mindestens 500 zusätzliche Unterbringungsplätze benötigt. Ohne diese Plätze werden zugewiesene Asylsuchende obdachlos.

Der Kanton Bern betreibt aktuell 28 Kollektivzentren und Notunterkünfte mit rund 2600 Plätzen sowie zwei Zentren für unbegleitete minderjährige Asylsuchende mit rund 90 Plätzen. Die bisher bestehende strategische Unterbringungsreserve von rund 10 Prozent ist damit bereits belegt. Die Kapazitäten in bestehenden Unterkünften sind ausgereizt. Die im Frühling wegen der erwarteten Zunahme von Asylsuchenden an die Gemeinden gerichtete Aufforderung, geeignete Unterkünfte zu melden, stiess leider nicht auf die nötige Resonanz. Deshalb war die Polizei- und Militärdirektion (POM) wie in vergangenen Jahren gezwungen, auf temporäre Notunterkünfte in geeigneten Zivilschutzanlagen zurückzugreifen. Weil sich einzelne Gemeinden der Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen trotz Gesprächen auf politischer Ebene widersetzen und entsprechende Verfügungen der POM sogar angefochten haben, wird diese pragmatische und rasch realisierbare sowie kostengünstige Unterbringungslösung in Frage gestellt. Die POM hat deshalb in Kappelen-Lyss vorsorglich Armeezelte aufgestellt.

Partnerschaftliches Vorgehen bei der Suche nach Lösungen

Die geeignete Unterbringung von Asylsuchenden ist eine Aufgabe, die der Kanton nach wie vor nur gemeinsam mit den Gemeinden angehen kann. Konflikte führen zu keinen guten Lösungen. Mit dem Rückzug der aktuellen Verfügungen gegenüber den Gemeinden Aarberg, Neueneegg, Oberhofen, Täuffelen und Wohlen will die POM deshalb Raum für einen partnerschaftlichen



Neustart mit allen Gemeinden schaffen, im Interesse der geordneten Unterbringung von Asylsuchenden. Sie teilt somit die Ansicht des Verbandes Bernischer Gemeinden (VBG), wonach nur ein partnerschaftliches Vorgehen zwischen Kanton und Gemeinden erfolgreich sein kann. Die POM begrüsst den angekündigten Beitrag des VBG zur Entkrampfung der Situation und zur Lösungsfindung, d.h. zur Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende.

Die POM verbindet diesen Schritt mit der Aufforderung an alle Gemeinden – insbesondere aber an die fünf erwähnten Gemeinden – solidarisch mitzuhelfen, rasch realisierbare Unterbringungsmöglichkeiten anzubieten. Einzelne Gemeinden haben dies in sehr verdankenswerter Weise bereits getan, andere müssen folgen. Angesichts der heute zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel des Kantons müssen sich diese Angebote wenn immer möglich im Rahmen der vom Bund vergüteten Unterbringungspauschale bewegen.

Notiz an die Redaktionen

Auskünfte erteilt:

- Regierungspräsident Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor, Tel. 031 633 47 21 (erreichbar Dienstag 8. September 2015, 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr)